

Zentrales Finanzcontrolling

Jahresbericht 2012

der bremischen

Haushalte



Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 - 4072
Fax: (0421) 496 - 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:
Referat 20,
Marko Holzschneider
Telefon: (0421) 361 - 6052
E-Mail: marko.holzschneider@finanzen.bremen.de

erschienen im Februar 2013

Gliederung

1.	Rahmenbedingungen	2
2.	Stadtstaat Bremen	4
2.1	Konsolidierungskurs	4
2.2	Kernhaushalt.....	6
2.3	Salden und Quoten.....	8
2.4	Schulden.....	9
3.	Land und Stadtgemeinde Bremen (Kernhaushalt)	10
3.1	Steuerabhängige Einnahmen	10
3.2	Sonstige Einnahmen.....	12
3.3	Personalausgaben.....	14
3.4	Zinsausgaben	15
3.5	Sonstige konsumtive Ausgaben	16
3.6	Investitionsausgaben	18
3.7	Primärausgaben	18

1. Rahmenbedingungen

Die Haushalte der bremischen Gebietskörperschaften sind seit 2011 extern gesetzten Rahmenbedingungen unterworfen, deren Einhaltung mit Unterstützung des Statistischen Bundesamtes regelmäßig vom Stabilitätsrat überprüft wird.

Gemäß Art. 109 und Art. 143d GG sind die Haushalte der Länder ab 2020 ohne neue Kredite auszugleichen. Als Hilfe zur **Einhaltung dieser Schuldenbremse werden Bremen Konsolidierungshilfen gewährt (300 Mio. € p. a.)**. Damit einhergehend gelten seit Beginn des Haushaltsjahres 2011 für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen die Anforderungen des mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungskurses, in dessen Rahmen das nach endgültiger Berechnung vom Mai 2012 festgelegte strukturelle Finanzierungsdefizit des Basisjahres 2010 (1.253,5 Mio. €) in zehn gleich großen Schritten bis 2020 vollständig abzubauen ist.

Mit einer innerbremischen Sanierungsvereinbarung vom 06.12.2011 haben sich alle drei bremischen Gebietskörperschaften verpflichtet, ihren Teil des strukturellen Defizits des Ausgangsjahres gleichmäßig abzubauen. Dabei ist anzumerken, dass ca. 60 % des strukturellen Defizits 2010 auf die Kommunen und ca. 40 % auf das Land entfielen. Zur Unterstützung der Einhaltung des jeweiligen Konsolidierungskurses gewährt das Land Bremen daher ab 2014 den beiden Kommunen ergänzend zum bisherigen kommunalen Finanzausgleich Strukturhilfen.

Zudem hat der Stabilitätsrat im Oktober 2011 für den Stadtstaat Bremen eine „drohende Haushaltsnotlage“ ermittelt, obwohl die zur Analyse der aktuellen Lage und der mittelfristigen Entwicklung der Haushalte heran gezogenen Kennzahlen die bereits seit längerem bestehende extreme Haushaltsnotlage Bremens belegen. Als Konsequenz der „drohenden Haushaltsnotlage“ wurde in Abstimmung mit dem Stabilitätsrat das **Sanierungsprogramm 2012 / 2016** aufgestellt, das den Pfad aus der Haushaltsnotlage abbilden soll. Im Rahmen dieses Verfahrens ist halbjährlich über den Haushalt des Stadtstaates zu berichten, wobei insbesondere Mehrausgaben gegenüber der Planung detailliert zu erläutern und zu begründen sind.

Für ein Controlling der jährlichen Abbauschritte der Neuverschuldung war es daher erforderlich, die bis 2010 übliche Darstellung des Kernhaushalts des Landes und der Stadtgemeinde Bremen um neue bzw. veränderte Betrachtungsebenen zu ergänzen. Einerseits wurde der Haushalt der Stadt Bremerhaven sowohl hinsichtlich der kassenmäßigen Ist-Werte als auch hinsichtlich der Planwerte systematisch in die Controlling-Darstellungen einbezogen, um auf dieser Basis den **maßgeblichen Stadtstaatenhaushalt** zu ermitteln. Andererseits wurden folgende, für die Berechnung des **strukturellen Defizits** relevante Faktoren in die Darstellung aufgenommen:

- **Finanzielle Transaktionen**

Hier wird um Haushaltspositionen bereinigt, die im Sinne einer Annäherung an die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eher die Liquidität als die Haushaltsstruktur abbilden (z. B. Darlehen).

- **Bremer Kapitaldienstfonds (BKF)**

Der Berichtskreis des Kernhaushalts ist um den Finanzierungssaldo der Sonder-

vermögen mit eigener Kreditaufnahme zu erweitern. Für den Stadtstaat Bremen erfüllt ab 2011 nur noch der BKF die unter den Kriterien des Konsolidierungskurses bestehenden Meldeanforderungen (Abgrenzung des Sektors Staat). Technisch wird der BKF vom Land und der Stadtgemeinde Bremen, von Bremerhaven sowie von den Sondervermögen der einzelnen Gebietskörperschaften dabei als Abfinanzierungsinstrument für außerhaushaltsmäßige Vorfinanzierungen der Vergangenheit genutzt.

- **Bereinigung der steuerabhängigen Einnahmen**

○ Periodengerechte Bereinigung

Diese Bereinigung kann sich einerseits aus dem Zeitpunkt der Steuerschätzung ergeben, falls die Anschlagswerte nicht der absprachegemäß für den Konsolidierungspfad maßgeblichen Mai-Steuerschätzung des jeweiligen Vorjahres entsprechen. Andererseits wird bei dieser Position die – insbesondere auf Periodenabgrenzungen beruhende - Differenz zwischen bremischer Steuerschätzung (Grundlage: voraussichtliches Kassenergebnis) und der maßgeblichen Regionalisierung (Grundlage bei Umsatzsteuer und Finanzausgleich: Anspruch) bereinigt.

○ Konjunkturbereinigung

Die Konjunkturbereinigung berücksichtigt die zum Zeitpunkt der maßgeblichen Steuerschätzung geschätzte Produktionslücke (Produktionspotential abzüglich Bruttoinlandsprodukt), die über Budgetsensitivitäten und die Anteile Bremens an den steuerabhängigen Einnahmen der Länder- und Gemeindegesamtheit auf den Haushalt übertragen wird.

○ Schlüsselzuweisungen

Für die Städte Bremen und Bremerhaven werden die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs den steuerabhängigen Einnahmen zugerechnet. Veränderungen im Ist gegenüber der für den Konsolidierungspfad maßgeblichen Steuerschätzung werden beim Land auf der Ausgabenseite kassenwirksam und sind strukturell zu bereinigen.

○ Kleine Gemeindesteuern

Grundsätzlich wird die Höhe der strukturell zu berücksichtigenden steuerabhängigen Einnahmen zwar mit der Mai-Steuerschätzung des Vorjahres festgeschrieben. Ausnahmen bilden jedoch die kleinen Gemeindesteuern (Vergnügungsteuer, Hundeabgabe, Zweitwohnungsteuer sowie Tourismussteuer), die in der Höhe berücksichtigt werden, wie sie kassenmäßig anfallen.

2. Stadtstaat Bremen

2.1 Konsolidierungskurs

Das Land und die beiden bremischen Städte haben aufgrund der noch positiven Rahmenbedingungen auch 2012 ihre jeweiligen strukturellen Defizite stärker begrenzen können, als es zur Einhaltung des Abbaupfades rechnerisch notwendig gewesen wäre und damit eine - dringend erforderliche - Risikovorsorge für die weitere Haushaltsentwicklung geschaffen.

Der im Außenverhältnis relevante konsolidierte Haushalt des **Stadtstaates Bremen erfüllte nach 2011 somit auch 2012 die mit dem Bund vereinbarten Auflagen zur Reduzierung des strukturellen Finanzierungsdefizits**. Insgesamt verzeichneten die bremischen Haushalte 2012 einen strukturellen Finanzierungssaldo von - 793 Mio. €. Damit konnte das entsprechende Defizit des Vorjahres um 152 Mio. € und das Defizit des für den Konsolidierungspfad maßgeblichen Basisjahres 2010 um insgesamt 460 Mio. € unterschritten werden. Der für den vereinbarten gleichmäßigen Abbau des strukturellen Defizits maßgebliche Grenzwert von - 1.003 Mio. € wurde 2012 – bei einer jährlichen Abbaupflichtung von 125 Mio. € - um insgesamt 210 Mio. € übertroffen.

Tab. 1: Struktureller Finanzierungssaldo 2012

Kennzahl	Land HB	Stadt HB	L + G Bremen	Bremerhaven	Stadtstaat
	Mio. Euro				
KERNHAUSHALT					
Bereinigte Einnahmen	2.948	1.904	3.687	499	3.836
Bereinigte Ausgaben	3.207	2.379	4.422	603	4.675
Finanzierungssaldo	-260	-475	-735	-104	-839
BEREINIGUNGEN					
Finanzielle Transaktionen	9	-3	6	-1	5
Finanzierungssaldo BKF	28	56	85	13	98
Steuerbereinigung (Konjunktur etc.)	-124	28	-72	-4	-73
kleine Gemeindesteuern	0	12	12	4	16
Schlüsselzuweisungen	27	0	3	0	0
Struktureller Finanzierungssaldo	-320	-381	-701	-92	-793
Veränderung ggü. Vorjahr	60	84	144	8	152
in %	16	18	17	8	16
je Einwohner	-485	-698		-814	
Konsolidierungspfad	-398	-499	-897	-106	-1.003
Über-/Unterschreitung Konsopfad	+78	+118	+196	+14	+210

Die **Tabelle 1** verdeutlicht, dass die einzelnen Haushalte dabei sehr unterschiedlich von strukturellen Bereinigungen betroffen waren. So wurde das kamerale Defizit des Landes Bremen von 260 Mio. € strukturell um 60 Mio. € erhöht, während das strukturelle Defizit der Stadt Bremen um 94 Mio. € geringer ausfiel als das unbereinigte kamerale Defizit. Ursächlich hierfür waren insbesondere folgende drei Sachverhalte:

- Während die Steuerentwicklung des Landes 2012 positiver als in der maßgebli-

chen Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung 2011 prognostiziert verlief, verzeichnete die Stadt Bremen insbesondere bei der Gewerbesteuer niedrigere Einnahmen als geplant. Dadurch ergab sich im Hinblick auf die schon im Mai 2011 festgeschriebene strukturelle Höhe der steuerabhängigen Einnahmen für die beiden Körperschaften eine gegensätzliche Bereinigung (Land: -124 Mio. €; Stadt: + 28 Mio. €).

- Zugleich können auf kommunaler Ebene die kleinen Gemeindesteuern (Vergnügungsteuer, Hundeabgabe, Zweitwohnungsteuer sowie Tourismussteuer) über die festgeschriebene Höhe der Steuereinnahmen hinaus berücksichtigt werden.
- Zudem entfielen von den Tilgungsausgaben für Vorfinanzierungen an den Bremer Kapitaldienstfonds (BKF), die strukturell über die Einnahmen beim BKF ausgeglichen werden, nur 28 Mio. € auf das Land und 56 Mio. € auf die Stadt Bremen.

Beim Vergleich mit den Vorjahresergebnissen (**Tabelle 2**) ist auffällig, dass die Entwicklung des kameralen Finanzierungssaldos des Stadtstaates Bremen (- 38 Mio. €) nicht mit der Veränderung des strukturellen Finanzierungssaldos (+ 152 Mio. €) korrespondiert. Auch dies lag an den strukturellen Bereinigungsfaktoren, bei denen im Vorjahresvergleich große Unterschiede zu verzeichnen waren:

- 2012 wiesen die Tilgungsausgaben der Ressorts an den BKF mit 98 Mio. € einen um 43 Mio. € höheren Wert als im Vorjahr auf. Diese Ausgaben werden strukturell ausgeglichen, da die Einnahmen des BKF für den strukturellen Saldo relevant sind.
- Zudem ist 2012 die strukturelle Reduzierung der Steuereinnahmen des Stadtstaates aufgrund der Konjunktur- und Periodenbereinigung mit - 73 Mio. € wesentlich geringer als 2011 (- 200 Mio. €) ausgefallen.

2.2 Kernhaushalt

Tab. 2: Stadtstaat Bremen

Stadtstaat Bremen								
Kennzahl	L+G Bremen	Bremer- haven	IST 2012	Anschlag 2012	Differenz IST ggü. Anschlag	14. Monat 2011	Veränderung ggü. Vorjahr	
								in %
				Mio. Euro				
Steuerabhängige Einnahmen	2.989	178	3.088	3.076	+ 13	3.037	+ 51	+ 2
- Steuern	2.189	99	2.288	2.320	- 31	2.301	- 13	- 1
- Länderfinanzausgleich (LFA)	568		568	522	+ 46	508	+ 60	+ 12
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	232		232	234	- 2	228	+ 4	+ 2
- Schlüsselzuweisungen		79						
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung		79						
Sonstige konsumtive Einnahmen	597	295	647	596	+ 51	604	+ 43	+ 7
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	3	242						
Investive Einnahmen	101	25	100	81	+ 19	112	- 12	- 10
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	4	22						
Bereinigte Einnahmen	3.687	499	3.836	3.754	+ 82	3.753	+ 83	+ 2
Primäreinnahmen	3.687	499	3.835	3.753	+ 82	3.752	+ 84	+ 2
Personalausgaben	1.183	241	1.424	1.422	+ 2	1.397	+ 27	+ 2
Sozialleistungsausgaben	721	148	799	798	+ 2	770	+ 29	+ 4
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	69							
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.451	99	1.299	1.261	+ 38	1.239	+ 61	+ 5
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	247	3						
Investitionsausgaben	472	61	502	495	+ 7	519	- 17	- 3
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	27	4						
Zinsausgaben	596	54	650	678	- 28	629	+ 21	+ 3
Bereingte Ausgaben	4.422	603	4.675	4.655	+ 20	4.554	+ 121	+ 3
Primärausgaben	3.826	549	4.025	3.977	+ 48	3.925	+ 100	+ 3
Finanzierungssaldo	-735	-104	-839	-901	+ 62	-801	- 38	- 5
Primärsaldo	-139	-50	-189	-223	+ 34	-173	- 16	- 10
Konsumtiver Primärsaldo	232	-15	213	191	+ 22	235	- 23	- 10
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-365	-69	-438	-487	+ 50	-394	- 44	- 11
Investiver Finanzierungssaldo	-370	-36	-402	-414	+ 12	-407	+ 5	+ 1

Trotz des konjunkturellen und steuerlichen Aufholprozesses der letzten beiden Jahre erreichten die steuerabhängigen Einnahmen der bremischen Haushalte 2012 mit 3.088 Mio. € noch immer nicht das Niveau des bisherigen Rekordjahres 2008 (3.117 Mio. €). Die Ergebnisse der letzten Steuerschätzung deuten jedoch darauf hin, dass mit Ablauf des laufenden Haushaltsjahres die steuerlichen Auswirkungen der schwerwiegenden Wirtschafts- und Finanzkrise vollständig kompensiert sein könnten.

Insgesamt verzeichneten die bremischen Haushalte 2012 ein Kernhaushalts-Defizit von 839 Mio. €. Im Gegensatz zum für den Konsolidierungskurs maßgeblichen strukturellen Defizit stieg das unbereinigte Kernhaushalts-Defizit gegenüber dem Vorjahreswert an (+ 38 Mio. €). Gegenüber dem Anschlag konnte hingegen eine Reduzierung der Deckungslücke um 62 Mio. € erreicht werden.

Gesamteinnahmen

Die Einnahmeseite der bremischen Haushalte entwickelte sich auch 2012 wieder positiv. Sowohl zum Vorjahr als auch gegenüber dem Anschlag wies der konsolidierte Haushalt des Stadtstaates Bremen Mehreinnahmen von knapp über 80 Mio. € auf.

Während die steuerabhängigen Einnahmen den Vorjahreswert deutlich (+ 51 Mio. €) und die veranschlagte Vorgabe knapp (+ 13 Mio. €) überstiegen, verzeichneten die übrigen Einnahmen – überwiegend allerdings mit entsprechenden Auswirkungen auf der Ausgabenseite - sowohl gegenüber dem Vorjahr (+ 31 Mio. €) als auch gegenüber dem Anschlag (+ 70 Mio. €) hohe Zuwächse.

Primärausgaben

Die Primärausgaben des Stadtstaates Bremen wiesen unbereinigt ein um 2,5 % höheres Niveau als 2011 auf (+ 100 Mio. €). Auch der Anschlagswert wurde um 1,2 % bzw. 48 Mio. € überschritten. Wie schon in den Vorjahren sind beim Vergleich des Haushaltsvollzugs mit der Haushaltsplanung Drittmittel und weitere mit Einnahmen in Verbindung stehende Ausgaben zu beachten. 2012 führten insbesondere folgende Mehreinnahmen zu Mehrausgaben:

- Sozialhilfeeinnahmen
- Einnahmen gemäß des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages
- Einnahmen vom Bund gemäß dem Hochschulpakt 2020
- Einnahmen vom Bund für Personennahverkehr

Bei Berücksichtigung der Primäreinnahmen – und somit auf Ebene des Primärsaldos – wies der Stadtstaat 2012 nach Abschluss des 13. Monats zum Vorjahr eine Haushaltsverschlechterung von 16 Mio. € auf. Der Haushalt 2012 lief somit erheblich besser als geplant, da der Anschlag eine Verschlechterung des Primärsaldos um 50 Mio. € vorgesehen hatte.

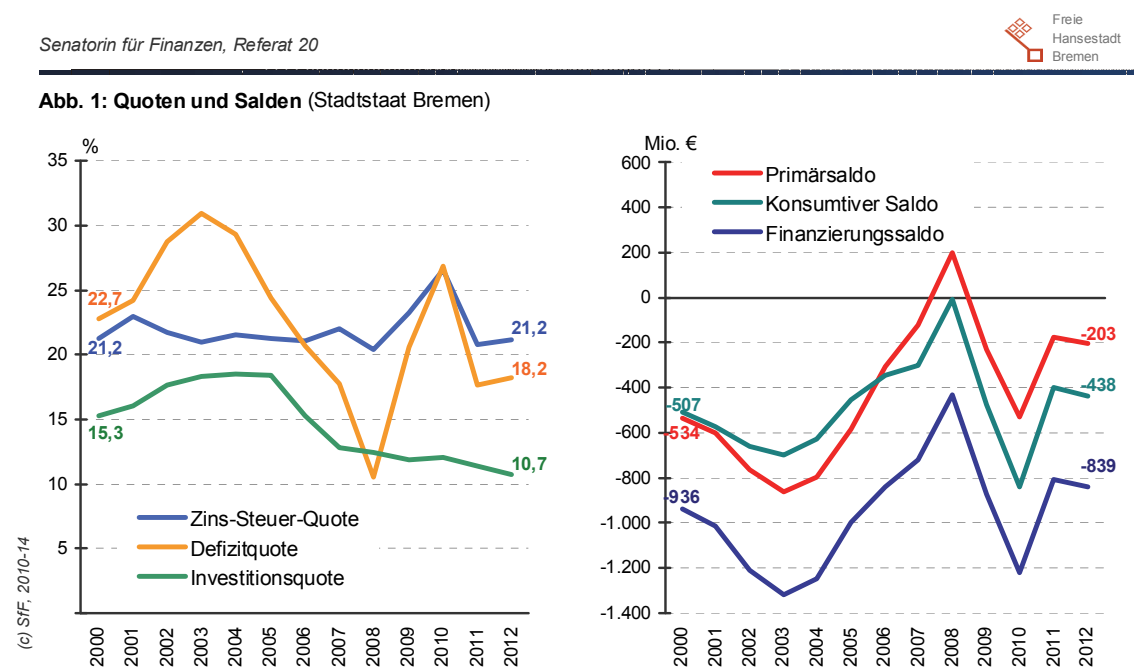
Zinsausgaben

Auch der Anstieg der Zinsausgaben 2012 gegenüber 2011 um 21 Mio. € auf 650 Mio. € lag mit Abschluss des 13. Monats deutlich unter dem veranschlagten Anstieg (+ 49 Mio. €). Damit blieben die Zinsbelastungen der Haushalte 2012 trotz stetig steigendem Schuldenstand aufgrund der aktuell sehr günstigen Zinskonditionen noch unter dem Niveau von 2010 (690 Mio. €).

2.3 Salden und Quoten

Die im Weiteren beschriebenen Sonder- und Einmaleffekte in den bremischen Haushalten 2012 gehen auch in die Berechnungen der in **Abbildung 1** aufgeführten Quoten ein. Bei der Saldenbetrachtung sind einige der Sondereffekte hingegen neutral. Zu beachten ist zudem, dass - wie schon beschrieben - der nachfolgend ausgewiesene Finanzierungssaldo nicht der maßgebliche Wert des strukturellen Defizits ist, der gemäß den Beschlüssen der Föderalismuskommission II in zehn gleich großen Schritten abgebaut werden muss.

Die Darstellung der Quoten dokumentiert die ungewöhnlich starken Schwankungen bei der Defizitquote im Zeitraum 2000 / 2011. So verzeichneten die bremischen Haushalte 2003 mit fast 31 % noch die historisch höchste Defizitquote, während fünf Jahre später der höchste Deckungsgrad der Ausgaben seit 22 Jahren erreicht wurde (Defizitquote 11 %). Aktuell wird mit ca. 18 % dieser für Bremen sehr positive Wert von 2008 zwar deutlich überschritten. Der Mittelwert der letzten zehn Jahre (23 %) wird jedoch fast ebenso deutlich unterschritten.



Bei dem Anteil der Zinsausgaben an den steuerabhängigen Einnahmen (Zins-Steuer-Quote) konnte nach einem starken Anstieg in den Jahren 2009 und 2010 wieder der seit 2000 in fast allen Jahren erzielte Wert von ca. 21 % erreicht werden.

Die unbereinigte Investitionsquote der bremischen Haushalte sank auf 10,7 %. Dabei ist jedoch u. a. zu berücksichtigen, dass eine bis 2011 investiv gebuchte Zuführung an das Sondervermögen Hafen der Finanzierung laufender Ausgaben im Sondervermögen dient und somit folgerichtig ab dem Haushaltsjahr 2012 dem konsumtiven Bereich zugeordnet wurde (29 Mio. €). Bei Bereinigung dieser Position hätte die Inves-

titionsquote 2012 mit 11,4 % exakt den Vorjahreswert erreicht.

Bei der Entwicklung der Salden ist die für Bremen außergewöhnlich positive Steuerentwicklung 2004 – 2008, die anschließende Wirtschaftskrise sowie die spürbare Erholung 2011/2012 ablesbar. Trotz dieser Erholung wiesen die bremischen Haushalte im Berichtsjahr bei allen dargestellten Salden nicht nur deutlich negativere Werte als im Jahr 2008 auf, auch im Vergleich zum Vorjahr haben sich die jeweiligen Defizite wieder leicht erhöht.

2.4 Schulden

Mit einer **Neuverschuldung von 741 Mio. €** stieg der fundierte **Schuldenstand** des Stadtstaates Bremen inklusive der Sondervermögen im Berichtsjahr auf **19,3 Mrd. €**.

Während der Schuldenstand des Kernhaushalts um insgesamt 877 Mio. € zunahm, verzeichneten die Sonderhaushalte – aufgrund der entzogenen Kreditermächtigung – eine Nettotilgung von 136 Mio. €. Den im Verhältnis zum Vorjahresstand höchsten Anstieg der Schulden im Kernhaushalt verzeichnete mit 8,2 % die Stadt Bremen. Bremerhaven folgte mit 7,8 %, während das Land Bremen 2012 nur einen moderaten Anstieg von 2,8 % aufwies.

Tab. 3: Schulden der bremischen Haushalte

	31.12.12	31.12.11	Veränderung	
	Mio Euro			%
Land und Stadtgemeinde Bremen	17.939	17.234	705	4,1
- Land Bremen	10.038	9.767	272	2,8
- Stadt Bremen	6.834	6.316	518	8,2
- Sonderhaushalte (L+G Bremen)	1.067	1.152	-85	-7,4
Bremerhaven	1.316	1.280	36	2,8
- Stadt Bremerhaven	1.206	1.119	87	7,8
- Sonderhaushalte	110	161	-51	-31,8
Stadtstaat Bremen	19.255	18.514	741	4,0

Damit setzt sich der längerfristige Trend fort, dass die im Ländervergleich weit überdurchschnittliche Schuldenproblematik des Stadtstaates Bremen inzwischen überproportional auf kommunaler Ebene verursacht wird. So betrug nach der zweiten Entschuldung Bremerhavens 1993 der Anteil der kommunalen Schulden an den gesamten Schulden des Stadtstaates nur 9 %. Zehn Jahre später betrug dieser Anteil schon 36 %, während 2012 der kommunale Schuldenanteil inklusive zugeordneter Sonderhaushalte auf fast die Hälfte des Gesamtschuldenstandes (48 %) gestiegen ist.

3. Land und Stadtgemeinde Bremen (Kernhaushalt)

Tab. 4: L + G Bremen

	IST 2012	Anschlag	Differenz IST ggü. Anschlag		14. Monat 2011	Veränderung ggü. Vorjahr	
			Mio. €	in %		Mio. €	in %
1. Steuerabhängige Einnahmen	2.989	2.977	+ 13	+ 0,4	2.941	+ 48	+ 1,6
1.1 Steuern	2.189	2.221	- 31	- 1,4	2.205	- 16	- 0,7
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	568	522	+ 46	+ 8,8	508	+ 60	+ 11,8
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	232	234	- 2	- 0,8	228	+ 4	+ 1,9
2. Sonstige konsumtive Einnahmen	597	553	+ 43	+ 7,8	554	+ 42	+ 7,6
2.1 Sozialleistungseinnahmen	136	137	- 1	- 0,9	114	+ 21	+ 18,8
3. Investive Einnahmen	101	85	+ 16	+ 18,6	114	- 13	- 11,5
I. BEREINIGTE EINNAHMEN	3.687	3.616	+ 72	+ 2,0	3.610	+ 77	+ 2,1
Primäreinnahmen	3.687	3.616	+ 71	+ 2,0	3.609	+ 78	+ 2,2
4. Personalausgaben	1.183	1.180	+ 2	+ 0,2	1.161	+ 22	+ 1,9
5. Sozialleistungsausgaben	721	722	- 0	- 0,1	692	+ 29	+ 4,2
6. Sonstige konsumtive Ausgaben	1.451	1.419	+ 32	+ 2,2	1.393	+ 57	+ 4,1
7. Investitionsausgaben	472	460	+ 11	+ 2,4	485	- 13	- 2,8
8. Zinsausgaben	596	623	- 26	- 4,2	575	+ 22	+ 3,8
II. BEREINIGTE AUSGABEN	4.422	4.404	+ 19	+ 0,4	4.306	+ 116	+ 2,7
Primärausgaben	3.826	3.781	+ 45	+ 1,2	3.732	+ 94	+ 2,5
III. FINANZIERUNGSSALDO	-735	-788	+ 53	+ 7	-696	- 39	- 6
Primärsaldo	-139	- 165	+ 26	+ 16	-123	- 16	- 13
Konsumtiver Primärsaldo	231	+ 210	+ 21	+ 10	248	- 17	- 7
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-365	-413	+ 48	+ 12	-326	- 39	- 12
Deckungsquote (I / II)	83,4	82,1	----	----	83,8	----	----
Primärdeckungsquote	96,4	95,6	----	----	96,7	----	----
Zins-Steuerquote (8 / 1)	20,0	20,9	----	----	19,5	----	----
Investitionsquote (7 / II)	10,7	10,5	----	----	11,3	----	----

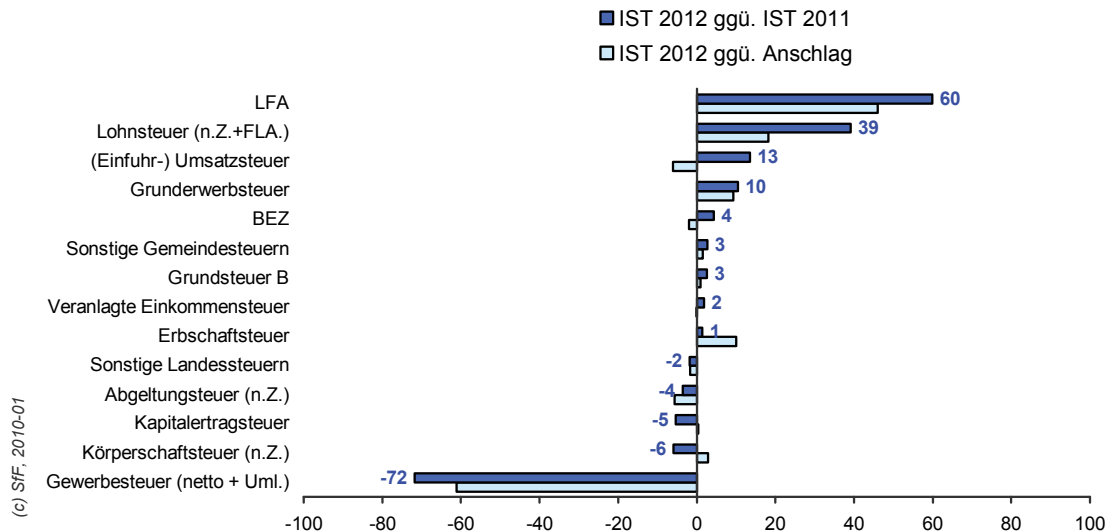
3.1 Steuerabhängige Einnahmen

Die kassenmäßigen **Finanzausgleichseinnahmen** im engeren Sinne waren auch 2012 wieder von hohen nicht periodengerechten Zahlungen geprägt. So wurden im März des Berichtsjahres 66 Mio. € Einnahmen kassenwirksam, die Bremen für den Haushalt 2011 zu wenig überwiesen bekommen hatte. Die Abrechnung für das 4. Quartal 2012 (+ 15 Mio. €) wird hingegen erst 2013 kassenwirksam. Der bremische Anspruch für 2012 lag mit 517 Mio. € somit deutlich unter den Einnahmen des Berichtsjahres (568 Mio. €) und fast exakt auf dem Vorjahresniveau des Anspruchs (516 Mio. €).

Die **Steuereinnahmen** betrugen im Land und der Stadtgemeinde Bremen insgesamt 2.189 Mio. €. Damit wurde der bisherige Höchstwert von 2008 (2.237 Mio. €) im vierten Jahr in Folge unterschritten. Auch zum Vorjahresergebnis fehlten – wie in der November-Steuerschätzung 2012 annähernd prognostiziert – insgesamt 16 Mio. € Steuereinnahmen. **Abbildung 2** verdeutlicht für das Land und die Stadtgemeinde Bremen dabei die Entwicklung der einzelnen Steuerarten inklusive des Finanzausgleichs, wobei die Einnahmen aus dem Finanzausgleich – wie schon beschrieben – periodengerecht bereinigt den Wert des Vorjahres erreichten.

Abb. 2: Veränderung der steuerabhängigen Einnahmen

(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)



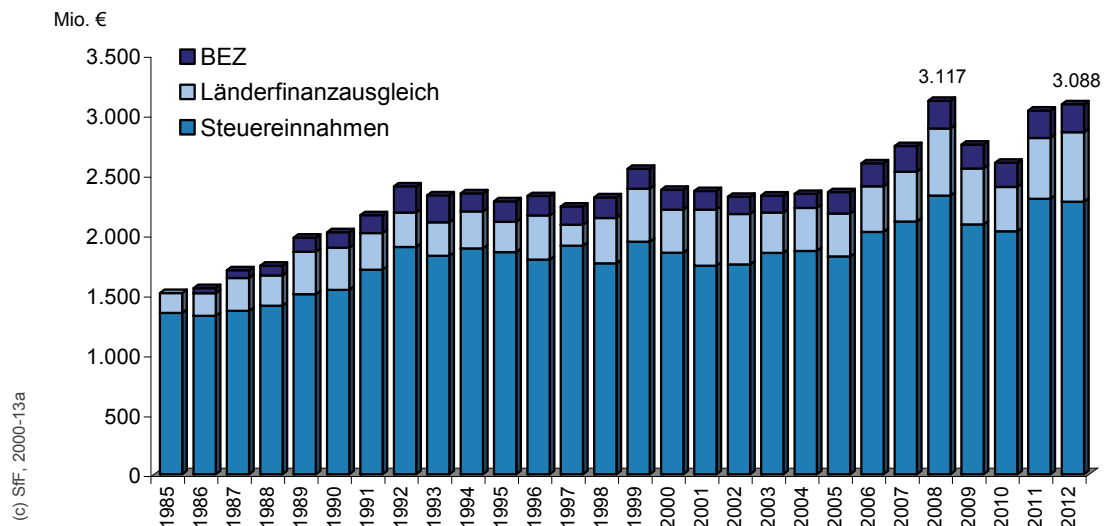
Die drei betragsmäßig besonders bedeutenden Steuerarten (Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer), die für fast drei Viertel aller Steuereinnahmen verantwortlich sind, entwickelten sich 2012 sehr unterschiedlich:

- Die in den letzten fünf Jahren seit 2011 kontinuierlich stark zunehmende Umsatzsteuer erreichte 2012 mit 699 Mio. € ein neues Rekordniveau. Seit 2006 konnten die Einnahmen aus dieser kassenmäßig bedeutsamen Steuerart nunmehr um fast die Hälfte gesteigert werden.
- Auch die Lohnsteuer entwickelte sich 2012 positiv. Sie verzeichnete mit 39 Mio. € von allen Steuerarten den höchsten absoluten Zuwachs zum Vorjahr (+ 7,2 %) und mit 587 Mio. € auch das beste Ergebnis der letzten 15 Jahre.
- Hingegen beeinflusste die Gewerbesteuer (288 Mio. €) mit einem Rückgang um 72 Mio. € (- 20 %) maßgeblich das rückläufige Gesamtergebnis aller Steuereinnahmen. Der längerfristige Vergleich zeigt dabei, dass in den neunziger Jahren die Gewerbesteuer ein etwa gleichbleibendes Niveau von ca. 240 Mio. € aufwies. In den nachfolgenden Jahren wurden stark schwankende Gewerbesteuer-einnahmen zwischen 200 und 410 Mio. € kassenwirksam, wobei 2011 das historisch zweitbeste Ergebnis verzeichnet wurde. Der hohe Rückgang 2012 ist somit einerseits auf das hohe Vorjahresniveau zurückzuführen, andererseits ist die Gewerbesteuer auch immer von Nachzahlungen für Vorjahre geprägt. Da 2011 deutlich mehr Nachzahlungen für Vorjahre zu verzeichnen waren als 2012, lag der entsprechend bereinigte Rückgang der Gewerbesteuer-einnahmen 2012 bei 24 Mio. € (- 8,5 %).

Der längerfristige Vergleich der steuerabhängigen Einnahmen der bremischen Haushalte (**Abbildung 3**) verdeutlicht den kontinuierlichen Zuwachs der Steuereinnahmen

nach Finanzausgleich bis 1992, das nahezu gleichbleibende Steuerniveau über die nächsten 13 Jahre, die außerordentlich positive Entwicklung 2005 – 2008, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010 sowie das relativ hohe Einnahmestandard der letzten beiden Jahre.

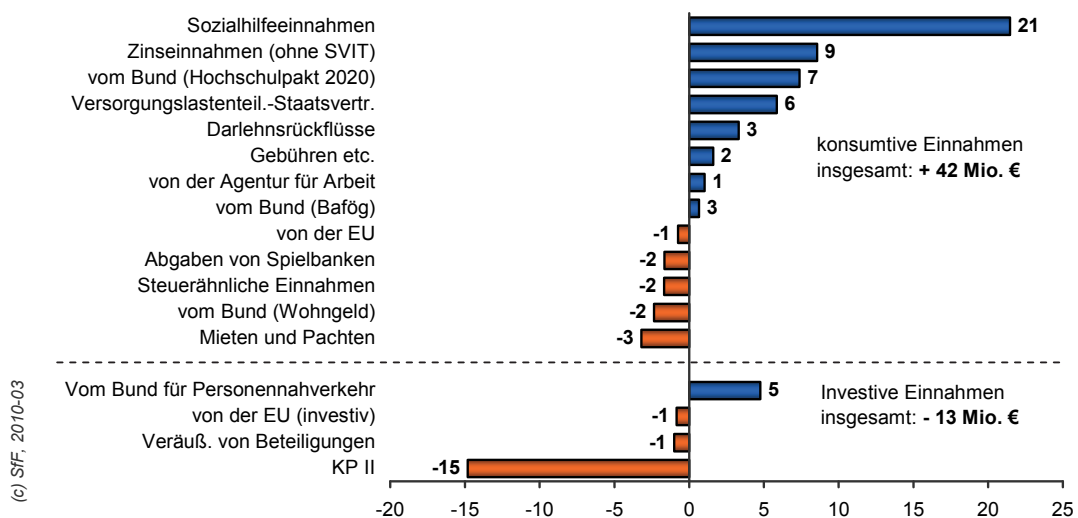
Abb. 3: Steuerabhängige Einnahmen (Stadtstaat Bremen)



3.2 Sonstige Einnahmen

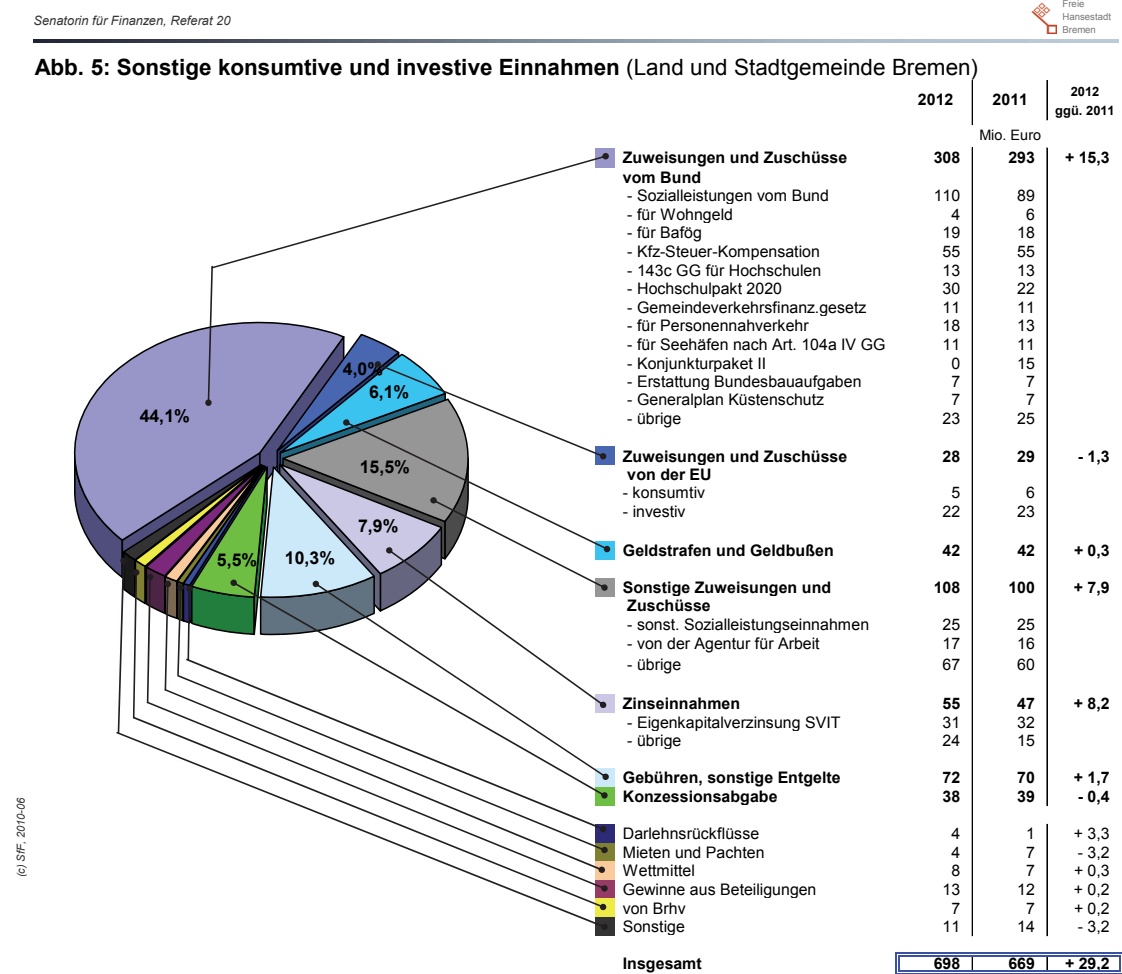
Bei den nicht steuerabhängigen Einnahmen war 2012 im Vorjahresvergleich ein Zugewinn von 29 Mio. € zu verzeichnen.

Abb. 4: Veränderung der sonstigen Einnahmen 2012 gegenüber 2011 (L+G Bremen; in Mio. €)



Die mit + 21 Mio. € betragsmäßig bedeutsamste Veränderung beruhte auf Sozialhilfeeinnahmen, die jedoch – wie auch weitere Mehreinnahmen – korrespondierend zu höheren Primärausgaben führten. Dem gegenüber stehen 15 Mio. € planmäßige Mindereinnahmen im Rahmen des 2011 abgerechneten Konjunkturprogramms II. Ohne die Positionen, aus denen auch Mehrausgaben resultieren, verzeichnen insbesondere die Zinseinnahmen, die Gebühren und die Darlehensrückflüsse positive Abweichungen gegenüber dem Vorjahr (**Abbildung 4**). Dem stehen insbesondere u. a. Mindereinnahmen bei den Mieten, den steuerähnlichen Einnahmen sowie der Spielbankabgabe gegenüber.

Abbildung 5 verdeutlicht das Größenverhältnis der nicht steuerabhängigen Einnahmepositionen untereinander sowie die jeweiligen Entwicklungen im Vorjahresvergleich:



Die sonstigen Einnahmen werden – ähnlich wie schon in den Vorjahren - durch Zuschüsse und Zuweisungen vom Bund geprägt (44 %). Zusammen mit den Zuschüssen von der EU bilden sie fast die Hälfte, inklusive der sonstigen Zuweisungen und Zuschüsse (von Sozialversicherungsträgern, Agentur für Arbeit etc.) sogar 64 % aller nicht-steuerabhängigen Einnahmen.

Die nächst größeren Einnahmepositionen sind die Gebühren und Entgelte (10 %), die Zinseinnahmen (inkl. Eigenkapitalverzinsung SVIT; 8 %), die Geldstrafen und Geld-

bußen (6 %) sowie die Konzessionsabgabe (5 %). Alle übrige Einnahmen bilden zusammen einen Anteil von 7 % der nicht steuerabhängigen Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

3.3 Personalausgaben

Die Personalausgaben (ohne Personalkostenzuschüsse) in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen betrugen im Berichtsjahr 1.183 Mio. €. Der veranschlagte Wert wurde damit fast exakt eingehalten (+ 2 Mio. €).

Gegenüber dem Jahresabschluss 2011 stiegen die Personalausgaben um 22 Mio. € bzw. 1,9 %. Insbesondere die weiter steigenden Versorgungsbezüge (+ 4,1 %) sowie Personalnebenkosten führten zu dem geplanten Anstieg im Vorjahresvergleich. Die Bezüge der aktiv beschäftigten Beamten und Arbeitnehmer sanken hingegen aufgrund von Personalabbau (168 Vollzeitäquivalente) leicht um 0,2 %.

Senatorin für Finanzen, Referat 20

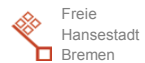


Abb. 6: Personalausgaben nach Arten (Land und Stadtgemeinde Bremen)

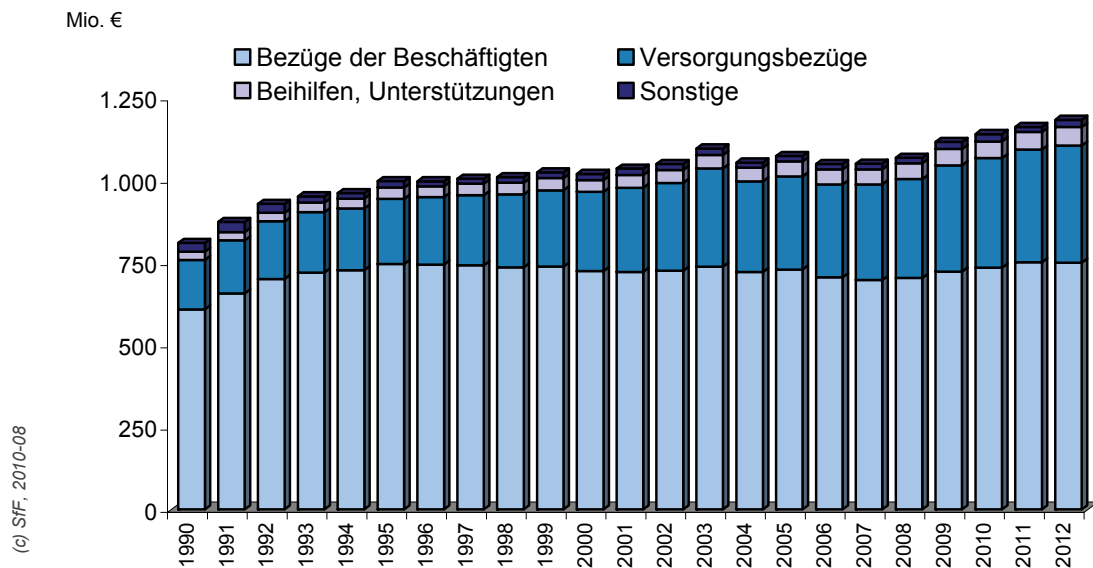


Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben nach Arten in den letzten zwanzig Jahren. Dabei wird deutlich, dass die Aktivenbezüge in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aufgrund von Ausgliederungseffekten und insbesondere aufgrund einer konsequenten Senkung des Beschäftigungsvolumens seit Mitte der neunziger Jahre kaum gestiegen sind. Dementsprechend und aufgrund der kontinuierlich ansteigenden Anzahl der Versorgungsempfänger ist der Anteil der Aktivenbezüge an den gesamten Personalausgaben in den letzten zwanzig Jahren im Kernhaushalt von 75 % auf 63 % gesunken.

3.4 Zinsausgaben

Neben der den Aufgaben der Stadtstaaten nicht entsprechenden Höhe der steuerabhängigen Einnahmen bildet der Schuldenstand – und damit die Zinsbelastung – das große Problem der bremischen Haushalte. Bremen muss – mit weiter steigender Tendenz – inzwischen vier Mal so hohe einwohnerbezogene Zinslasten wie der Durchschnitt der Länder und Gemeinden finanzieren.

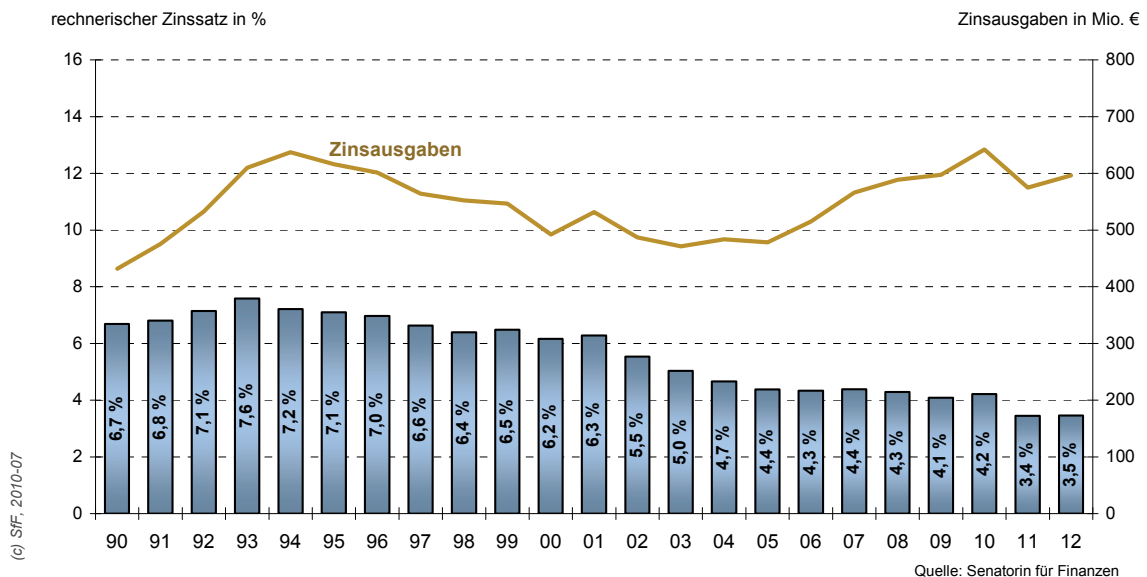
Positiv wirkt sich dabei das auch weiterhin niedrige Zinsniveau aus, das maßgeblich dafür sorgte, dass im abgelaufenen Haushaltsjahr bei Zinsausgaben von 596 Mio. € wieder eine Unterschreitung der Zinsanschläge (- 26 Mio. €) erreicht werden konnte. Der Vorjahreswert - der trotz stetig steigendem Schuldenstand der niedrigste Wert seit vier Jahren war – wurde damit um 22 Mio. € überschritten.

Rein rechnerisch – d. h. ohne Beachtung der Darlehens-Laufzeiten und der Zinsabsicherungen - hätten Zinskonditionen, wie sie Mitte der neunziger Jahre üblich waren, im Berichtsjahr in etwa zu einer Verdopplung der Zinsausgaben (auf ca. + 1.200 Mio. €) geführt. Dies zeigt, wie wichtig es für die bremischen Haushalte ist, günstige Zinskonditionen für den gesamten Konsolidierungszeitraum zu sichern.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 7: Zinsausgaben und rechnerischer Zinssatz (Land und Stadtgemeinde) *



* rechnerischer Zinssatz: Berechnet über die Zinsausgaben des lfd. Jahres und den Schuldenstand am Ende des Vorjahres

Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der Zinsausgaben seit 1990 sowie den jeweiligen rechnerischen Zinssatz (Zinsausgaben / Schuldenstand des Vorjahres). Dabei werden die in der längerfristigen Entwicklung sehr günstigen Zinskonditionen der letzten beiden Jahre deutlich.

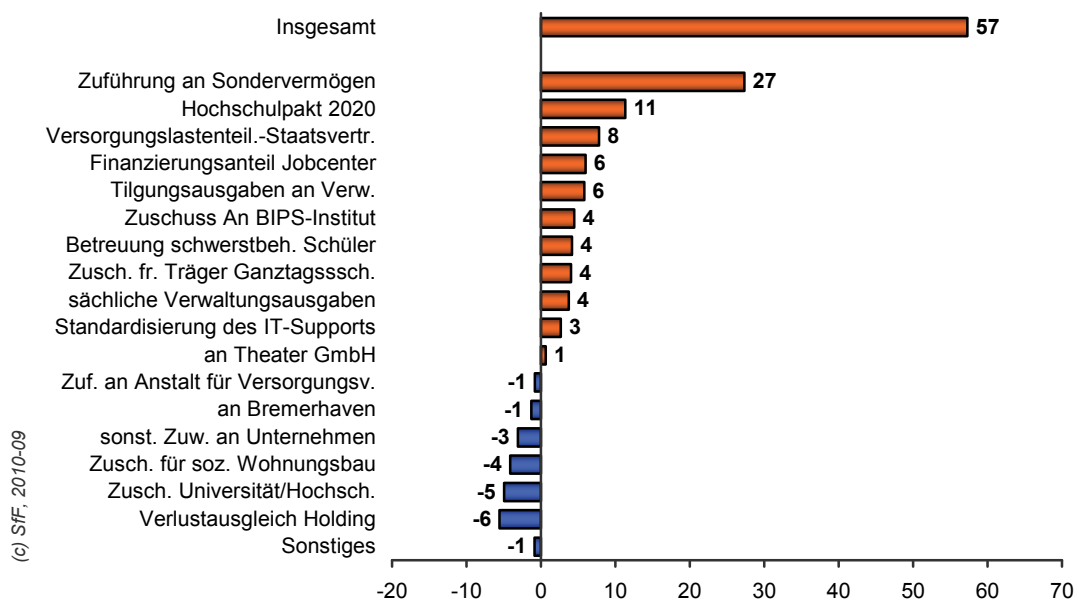
3.5 Sonstige konsumtive Ausgaben

Insgesamt stiegen die sonstigen konsumtiven Ausgaben im Vorjahresvergleich unbeeinträchtigt um fast 5 %. **Abbildung 8** zeigt, dass ein Großteil des Anstiegs auf eine Umstellung der Buchungspraxis bei den Zuführungen an die Sondervermögen zurückzuführen ist. Eine bisher investiv gebuchte Zuführung an das Sondervermögen Hafen dient der Finanzierung laufender Ausgaben im Sondervermögen und wurde somit folgerichtig ab dem Haushaltsjahr 2012 dem konsumtiven Bereich zugeordnet (29 Mio. €).

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 8: Veränderung der konsumtiven Ausgaben 2012 ggü. 2011 (L + G Bremen; in Mio. €)

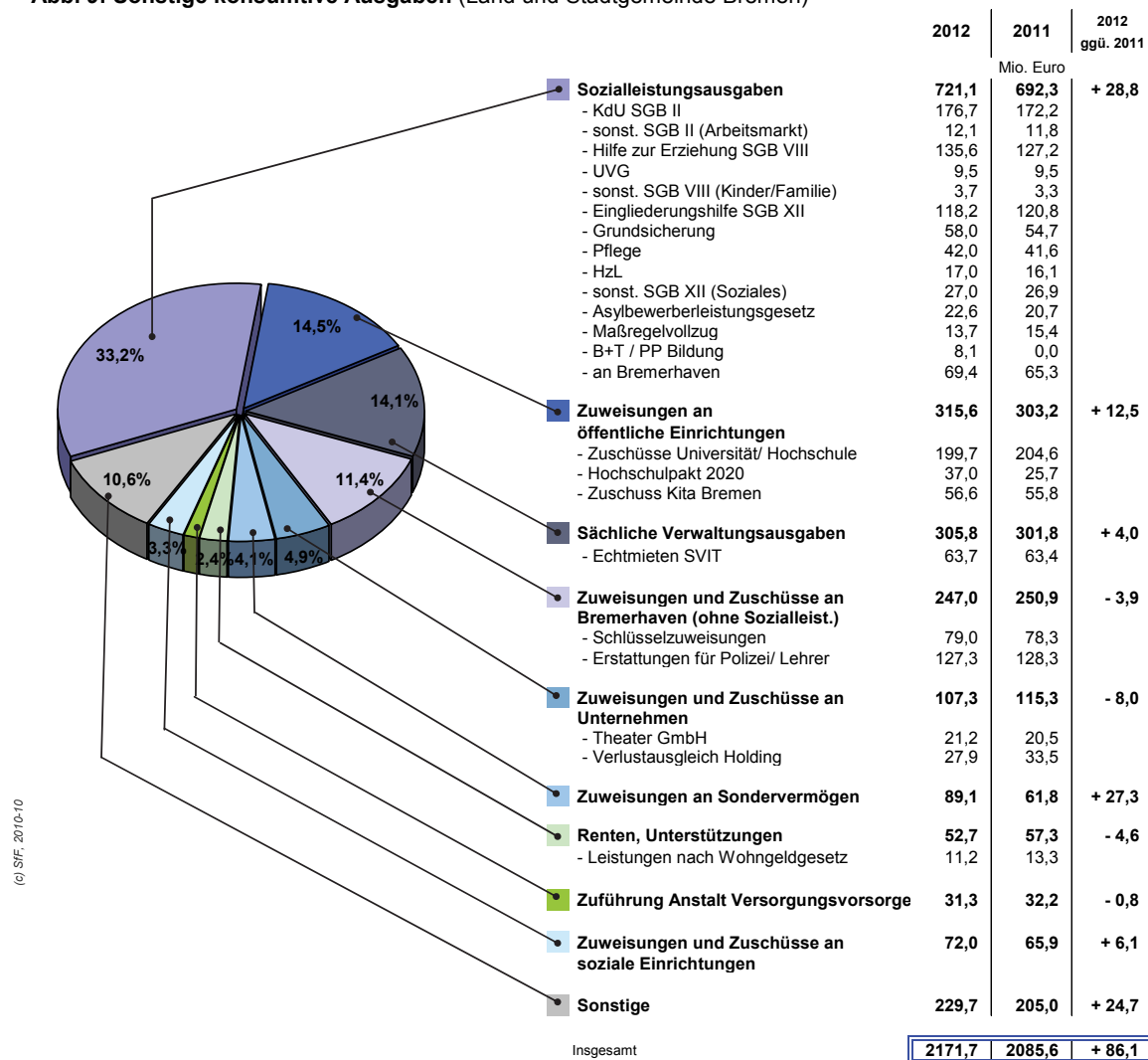


Zudem gab es - insbesondere mit der Weiterleitung der Mittel vom Bund aufgrund des Hochschulpakts 2020 (+ 11 Mio. €) und den Ausgaben aufgrund des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages (+ 8 Mio. €) - einige Mehrausgaben, die mit Mehreinnahmen korrespondierten. Schon um diese Sonderfälle und die erhöhten Zuschüsse des Bundes für Personennahverkehr bereinigt, stiegen die sonstigen konsumtiven Ausgaben 2012 im Vorjahresvergleich - bei einer Inflationsrate von 2,0 % - nur noch um 0,3 % (4 Mio. €).

Abbildung 9 verdeutlicht das Größenverhältnis der konsumtiven Sachausgaben untereinander sowie die jeweiligen Entwicklungen im Vorjahresvergleich: **Insgesamt sind weiterhin ein Drittel der konsumtiven Sachausgaben für Sozialleistungen aufzuwenden.** Innerhalb der Sozialleistungsausgaben werden zwei Drittel für die Kosten der Unterkunft, die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe verausgabt. Von diesen drei großen Kostenarten verzeichnete die Hilfe zur Erziehung mit + 7 % den höchsten Zuwachs zum Vorjahr, während die Eingliederungshilfe gegen den Trend der Sozialleistungen einen leichten Rückgang (- 2 %) aufwies.

Die Sozialleistungserstattungen an Bremerhaven verzeichneten mit einer Vorjahresentwicklung von + 6 % einen leicht überdurchschnittlichen Zuwachs gegenüber der Gesamtzuwachsrate von 4 %.

Abb. 9: Sonstige konsumtive Ausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen)



Die nach den Sozialleistungen nächst größeren laufenden Ausgabenpositionen sind

- mit 15 % die Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen, die insbesondere die Hochschulen sowie die Kita Bremen betreffen und inhaltlich eher Personalkostenzuschüsse darstellen,
- mit 14 % die sächlichen Verwaltungsausgaben, die als größte Einzelposition die Echtmieten an das Sondervermögen Immobilien und Technik beinhalten sowie
- die Zuschüsse und Zuweisungen an Bremerhaven (ohne Sozialleistungen 11 %).

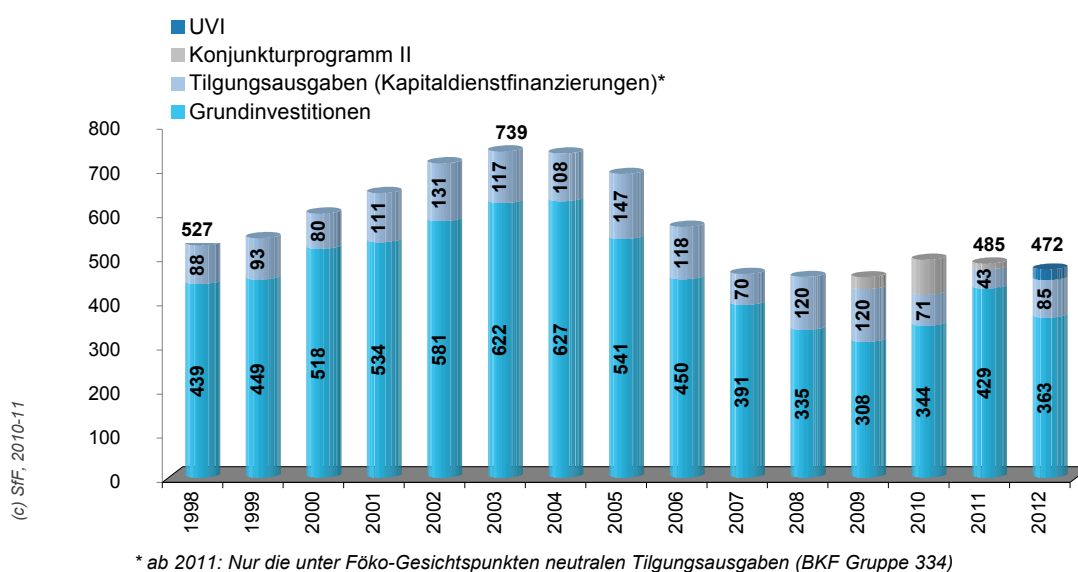
3.6 Investitionsausgaben

Abbildung 10 verdeutlicht die Entwicklung der Investitionsausgaben der letzten 15 Jahre und zeigt dabei die kontinuierliche Reduzierung des Investitionsniveaus im Zeitraum 2003 / 2007, die Konstanthaltung bis 2009 und den leichten Anstieg 2010, der insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass den bremischen Sondervermögen 2010 die Kreditermächtigungen entzogen wurden, um mit dem Start des Konsolidierungspfadens alle Ausgaben über den Kernhaushalt abzubilden. Seit 2010 sanken die Investitionsausgaben um 22 Mio. € auf insgesamt 472 Mio. €.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 10: Investitionsausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)



Zu beachten sind allerdings die unterschiedliche Höhe der Tilgungsausgaben für Kapitaldienstfinanzierungen sowie die Auswirkungen der Investitionsprogramme. Insbesondere 2010, aber auch noch 2011 (13 Mio. €), wurden Ausgaben für das bundesweite Konjunkturprogramm II kassenwirksam. 2012 lief hingegen das auf zwei Jahre befristete Programm zum Umbau der Verwaltung und Infrastruktur (UVI; 24 Mio. €) an.

Die um die Tilgungsausgaben und Investitionsprogramme bereinigten Grundinvestitionen sanken im Vorjahresvergleich um 15 %, stiegen gegenüber 2010 jedoch um 5 %.

3.7 Primärausgaben

Einschließlich verschiedener Sondereffekte stiegen die Primärausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen im Vergleich zum Vorjahr um 94 Mio. € bzw. 2,5 %. Bei einem weiteren Rückgang der Investitionen wiesen dabei die konsumtiven Primärausgaben im Vorjahresvergleich einen Zuwachs um 108 Mio. € auf. Während der Anstieg der Personalausgaben (+ 22 Mio. €) und der Sozialleistungsausgaben (+ 29 Mio. €) plangemäß verlief, überschritten die sonstigen konsumtiven Ausgaben

nicht nur den Vorjahreswert (+ 57 Mio. €) sondern auch den Anschlagswert (+ 32 Mio. €).

Wie schon beschrieben, beeinflussten in diesem Bereich jedoch insbesondere ein Sondereffekt (Änderung der Zuordnung bei der Zuführung an das Sondervermögen Hafen) sowie im weiteren Sinne höhere Drittmittel (Hochschulpakt 2020, Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag, Zuschüsse des Bundes für Personennahverkehr) den Ist-Planwert-Vergleich.

Um Mehrausgaben bereinigt, die direkt mit den erwähnten Mehreinnahmen korrespondieren, **stiegen die Primärausgaben 2011 um 49 Mio. € bzw. 1,3 % und somit exakt so stark wie veranschlagt.**

Abbildung 10 dokumentiert die unbereinigten Primärausgaben des Stadtstaates seit 1996. Sie zeigt den An- und Abstieg des Investitionsausgabenniveaus, die selbst nominal fast konstanten Personalausgaben sowie den unbereinigten, in hohem Maße durch Sozialleistungen geprägten Anstieg der konsumtiven Ausgaben in den letzten fünfzehn Jahren.

